

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
 Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
 Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Dresden, Montag den 17. November 1930 Nummer 268

## Metallarbeiterlöhne 36 Prozent gesunken

Bürgerlicher Statistiker weist nach: Reallohn der Metallarbeiter liegt 20 Prozent unter Vorkriegslohn / Reformistische „Erfolge“ als Betrug entlarvt / Kämpft für die Forderungen der KPD! / Wählt Kampfleitungen in jedem Betrieb!

Der bekannte bürgerliche Statistiker Dr. Kuczynski hat die Reallohn der Metallarbeiter berechnet und kommt zu dem Ergebnis:

„Von 1928 bis zum September 1930 ist das Wochenlohnvermögen des Metallarbeiters um etwa 20 Prozent, d. h. um ein Fünftel gesunken. Das Reallohnvermögen des Metallarbeiters ist im September 1930 um 20 Prozent oder um ein Fünftel niedriger als in der Vorkriegszeit. Es ist heute um 14 Prozent niedriger als vor einem Jahr... Die Löhne der Metallarbeiter waren niemals so hoch, um die Kosten einer vom statistischen Reichsausschuss als angemessen angesehenen Lebenshaltung mit einer Familie mit drei Kindern zu bestreiten. Im September 1930 fehlten den Metallarbeitern durchschnittlich 36 Prozent ihres Lohnvermögens. Das heißt, das Wochenlohnvermögen der Metallarbeiter muß um etwa 36 Prozent erhöht werden, nur damit sie die vom statistischen Reichsausschuss als angemessen beurteilten Lebenshaltungskosten bestreiten können.“

Die Metallarbeiter erhalten hier von einem bürgerlichen Statistiker behauptet, daß sie sowohl von den Industriellen als auch von der DWA-Bürokratie belogen wurden mit der Behauptung, die Löhne seien „gestiegen“ gegenüber der Vorkriegszeit. Tatsächlich haben sich die Metallarbeiter gegen diesen Betrug gewendet, denn sie selbst erziehen seit Jahren, daß die Kaufkraft des Lohnes fortwährend zurückging. Zu der obigen Schlussfolgerung kommt Kuczynski auf Grund folgender Gegenüberstellungen:

Jahr	Reallohn	Ueberschuß	Tatsächliche Löhne in Proz.
1928	44,85	15	51,30
1929	45,75	11	50,80
Sept. 1930	40,20	6	49,—

So sehen also die „lohnpolitischen Erfolge“ der Gewerkschaftsführer für die letzten drei Jahre aus. Die Reallohn sind zwar erhöht worden, die tatsächlichen Löhne aber gingen ununterbrochen zurück.

Aber noch nicht genug damit, das durchschnittliche wöchentliche Lohnvermögen eines Metallarbeiters ist sehr empfindlich durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verringert worden. Ueber diese Verluste unterrichtet die folgende Tabelle:

Jahr	Verl. d. Arbeitslohn	Verl. d. Kurzarbeit	Gesamtverl. in Proz.
1928	2,35	0,45	3,80
1929	4,50	1,—	5,50
Sept. 1930	11,10	3,7	14,80

Dr. Kuczynski rechnet nach die Lohnverluste der Metallarbeiter durch Steuern und Versicherungsbeiträge ab, dagegen rechnet er zu den Einkommen die Bezüge der Arbeitslosenunterstützung. Er kommt nach verschiedenen anderen Berechnungen zu folgenden Ergebnissen:

Jahr	Tatsächliches Wochenlohnvermögen	Wochenlohn nach d. amtlichen Lebenshaltungskosten	Lohnverm. in Proz. der Lebenshaltungskosten
1928	43,85	105	73
1929	42,—	100	73
Sept. 1930	34,85	86	78

Angeichts dieser tatsächlichen Rückwärtsbewegung der Metallarbeiterlöhne ist die Haltung der reformistischen Bürokratie gegenüber den treuen Vorständen der Metallindustriellen geradezu verwerflich, weil sie das Verbot der „Roten Fahne“ mitgeteilt hat und besonders hervorhob, daß Kuczynski ausgerechnet am Tage des Zwangsicherheitsrechts für die Berliner Metallarbeiter das Verbot ausgesprochen. Außerdem wurde die amtliche Begründung des Zwangsicherheitsrechts für die Berliner Metallarbeiter als Grund des Verbots. In Wirklichkeit fürchtet aber die gebildete Klasse des Verbots. In Wirklichkeit fürchtet aber die gebildete Klasse des Verbots. In Wirklichkeit fürchtet aber die gebildete Klasse des Verbots.

Zahlstellen gespalten und die Kollegen der KPD ausgeschlossen. Sie haben in der Metallarbeiterzeitung leitende Ämter über die Löhne des russischen Proletariats geschrieben. Deshalb ist die wichtigste englische Philosophin, der eine Reihe in die Sowjetunion unternahm und ganz entrückt über die Lage der Sowjetunion ist, darüber zu hören. Dieser Mann, E. C. Zosb. schreibt in einem Bericht im „Sächsischen Erzähler“:

„So erhält heute ein Fabrikarbeiter durchschnittlich 220 M. im Monat, während sich ein Arbeiter mit 180 bis 240 M. begnügen muß. Den Mitgliedern der Kommunistischen Partei — und sollen diese auch die höchsten Regierungen bekämpfen — ist es verboten, mehr als 600 M. im Monat zu verdienen. Im Durchschnitt kann man das Jahresvermögen großer Teile des Volkes auf 2000 bis 3000 M. veranschlagen.“

So lag der bürgerliche Gelehrte, ein Antikommunist. Das Reichstatistische Amt aber veröffentlichte bekanntlich vor kurzem eine Heberliste über das Einkommen in Deutschland, nach der 90 Prozent unter 1800 M. Einkommen haben. Die Metall-

arbeiter gehören, wie aus vorstehenden Berechnungen Dr. Kuczynskis hervorgeht, mit zu den am schlechtesten entlohnten Gruppen. Die Industriellen müssen bei dem Versuch, die Löhne noch weiter herunterzuschrauben, auf eisernen Widerstand stoßen.

### Die KPD ist gerüstet!

Berlin, 17. November.  
 Unter der Teilnahme von 340 Vertretern aus allen Teilen des Reiches tagte am Sonnabend und Sonntag die 2. Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Berlin. Außerordentliche wichtige Aufgaben waren es, die von den Delegierten zu lösen waren. Im Mittelpunkt der zur Beratung stehenden Fragen stand, die Lehren aus dem Berliner Metallarbeiterkampf zu ziehen und zu den denotwendigen Maßnahmen Stellung zu nehmen. Die KPD wird auf Grund der beschlossenen Richtlinien der Konferenz in den kommenden Kämpfen ihre Kräfte auf die Betriebe konzentrieren, um die Millionen von Lohn- und Gehaltsempfänger zum Kampf gegen Lohnraub zu führen und den Verrat der Streikbrecher in den Betrieben der reformistischen Gewerkschaftsführer zu überwinden. In mehreren Entschlüsse wurden die Beschlüsse und Ergebnisse der Verhandlungen festgelegt. Die 2. Reichskonferenz der KPD bildet den Auftakt zur Durchführung der großen verantwortungsvollen Aufgaben, die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse zu organisieren, ihre Forderungen zu formulieren und erfolgreich durchzusetzen. (Ausführlicher Bericht folgt.)

## Der Massenkampf gegen Diktatursteuern

In der für gestern abend von der KPD nach dem Bürgerpartei einberufenen Protestversammlung gegen die Diktatursteuern sprach nach einem ausführlichen Referat des Gewerkschaftsleiters Martin Schneider ein Gastwirt und ein Kleinrentner, die sich nicht nur mit der technischen Undurchführbarkeit der Steuer beschäftigten, sondern feststellten, daß die Gemeindegrenzen der Diktatursteuern, sondern feststellten, daß die Gemeindegrenzen der Diktatursteuern, sondern feststellten, daß die Gemeindegrenzen der Diktatursteuern...

### Das Dresdner Steueramt droht

Dresden, den 17. November.  
 Der „Dresdner Anzeiger“ von heute morgen bestätigt ungewollt, in welcher ungeheurer Ausmaße die Gabel der KPD, seinen Fennia Diktatursteuern abzuführen, in den Kreisen der Verbraucher und Gastwirte praktisch durchgesetzt wird. Wir stellen das fest, weil der Anzeiger von heute morgen in einer ausführlichen Zeitschrift des Steueramtes darauf hinweist, „daß der Wert der Steuer in jedem Falle an das Steueramt zu bezahlen hat“. Und weiter droht dann der Anzeiger:

### Steuerfrei in Delsnick i. G.

Nachdem in einer großen Anzahl von Gemeinden und Städten der Steuerfrei gegen die Diktatursteuer geführt wird, nahm am 13. November die wertvolle Bevölkerung von Delsnick im Erzgebirge zur Bürger- und Gemeindegrenzen Steuer sowie zum Delsnick Stadtkonfiskationsstellung. Die große Saal des Rathauses war überfüllt, er mußte abgelassen werden. Eine Parallelsitzung wurde im Besonderen abgehalten, ca. 1500 Personen waren erschienen. Die Ausführungen des Herrn Anführers, M. D. wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es sprachen noch zwei Vertreter des Gastwirtsvereins und erklärten, daß das Gastwirtsrecht im Bezirk Delsnick ebenfalls den Steuerfrei eröffnet hat. Zur Entschleunigung wurden einstimmig angenommen. Die erste Forderung gegen die Gemeindegrenzen- und Bürgersteuer in Delsnick und Befreiung der Schulden bei dem Stadtkonfiskation.

### Brünigsteuern abgelehnt

In Rodlinghausen wurde in der letzten Stadtversammlung trotz der Durchführung der Ausführungsbestimmungen der Preußen-Regierung die Regesteuer abgelehnt. In Wattenfeld lehnten die Stadtkonfiskations- und Bürgersteuer einstimmig und die Regesteuer mit großer Mehrheit ab. In Torgau wird ein heftiger Kampf gegen die Geldsteuer geführt. Es wird droht mit der allgemeinen Schließung der Gastwirtschaften.

## Wieder ein Zeitungsverbot

Unser Kölner Bruderorgan bis 24. November verboten / Verstärkt die Werbearbeit

Köln, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.)  
 Am Auftrag des Oberpräsidenten der Rheinprovinzen hat der sozialdemokratische Vizepräsident Guse die „Sozialistische Republik“, unser Bruderorgan in Köln, bis einschließlich 24. November verboten, weil sie das Verbot der „Roten Fahne“ mitgeteilt hat und besonders hervorhob, daß Kuczynski ausgerechnet am Tage des Zwangsicherheitsrechts für die Berliner Metallarbeiter das Verbot ausgesprochen. Außerdem wurde die amtliche Begründung des Zwangsicherheitsrechts für die Berliner Metallarbeiter als Grund des Verbots. In Wirklichkeit fürchtet aber die gebildete Klasse des Verbots. In Wirklichkeit fürchtet aber die gebildete Klasse des Verbots. In Wirklichkeit fürchtet aber die gebildete Klasse des Verbots.

### Generalfreitag gegen Polizeibekämpfung

Madrid, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.)  
 Der Generalfreitag der Madrider Arbeiterklasse wird von 100.000 durchgeführt und greift auf die Provinz über. Sowohl in Bilbao, wie in Valladolid wurde am Sonnabend der Generalfreitag ausgerufen. Barcelona wird sich voraussichtlich dem Streik anschließen. Die Stimmung der Arbeiterklasse ist außerordentlich erregt, um so mehr, als die Staatsbehörden in schärfster Weise gegen die Arbeiterklasse vorgehen. Die Regierung plant, den Belagerungszustand zu verhängen.

### Sentermahlen

Warschau, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.)  
 Die polnischen Wahlen, die unter einem ungeheuren Terror stattfanden, wurden gestern abend 21 Uhr abgeschlossen. So weit ein genaues Wahlergebnis noch nicht vorliegt. So weit bis jetzt zu übersehen ist, sind die Wahlen infolge des Terrors überall in der Mehrheit.